

Tristan Abromeit  
Gorch-Fock-Weg 3, 31535 Neustadt

An die  
Mitglieder des Niedersächsischen Landtages  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
Postfach 4407  
30044 Hannover

Offener Brief vom 1. Mai 2001

## Agenda Niedersachsen 2001 / zweiter Teil

### **Dokumentation 8**

Seite 1 bis 37

Innentitel: Marktwirtschaft und soziale Verantwortung  
Sammelband zur Tagung „25 Jahre Soziale Marktwirtschaft“ in der  
Evangelischen Akademie Loccum vom 6. - 9. Okt. 1972  
herausgeben von Bodo B. Gemper in Verbindung mit der Ev. Akademie Loccum ..... 2

Ludwig Rosenberg  
(Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes 1962-1969):  
Die Stellung der Arbeitnehmer in Wirtschaft und Gesellschaft  
(aus Sammelband Seite 160 - 171)..... 3

Wolfgang Frickhöfer  
(Vorsitzender des Vorstandes der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft)  
Gerechte Wirtschafts- und Wettbewerbsordnung  
Marktwirtschaft ist mehr als Wirtschaft  
- Infrastruktur, Umweltschutz, Demokratisierung -  
(aus Sammelband Seite 296 - 309) ..... 14

*Die neue Ordnung*, Übersicht der Ausgabe 3/1993 ..... 27

Horst Friedrich Wünsche  
(Geschäftsführer der Ludwig-Erhard-Stiftung in Bonn)  
Soziale Marktwirtschaft und der Rückfall  
des Neoliberalismus in den Harmoniegläubigen (aus *Die neue Ordnung*) ..... 28

Innentitel der *Fragen der Freiheit* Folge 256 daraus Schematische Darstellungen  
der Neoliberalismen aus Beitrag von Andreas Renner  
(Walter Eucken Institut, Freiburg) ..... 34

# MARKTWIRTSCHAFT UND SOZIALE VERANTWORTUNG

herausgegeben von

Dr. Bodo B. Gemper

in Verbindung mit der  
Evangelischen Akademie Loccum

PETER HANSTEIN VERLAG GMBH • KÖLN

Auszüge ohne Hervorhebungen

# Die Stellung der Arbeitnehmer in Wirtschaft und Gesellschaft

von  
Ludwig Rosenberg

## I. Das ordnungspolitische Modell der Marktwirtschaft

Diese Tagung befaßt sich mit dem Grundthema „25 Jahre Soziale Marktwirtschaft“. Auf ihr werden die verschiedensten Aspekte eines „ordnungspolitischen Experiments“ in einer Art Zwischenbilanz behandelt. Unter diesem Gesichtspunkt muß also auch die Stellung des Arbeitnehmers in Wirtschaft und Gesellschaft gesehen werden. Daraus ergibt sich, daß es nicht zu umgehen ist, daß man sich wenigstens in kurzen Zügen mit dem ordnungspolitischen Element Soziale Marktwirtschaft auseinandersetzt, denn vor diesem Hintergrund hat sich ja in den letzten 25 Jahren die Stellung des Arbeitnehmers in der Wirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik entwickelt. Der Begriff Soziale Marktwirtschaft ist ein gängiger und propagandistisch unzweifelhaft wirkungsvoller, obwohl er zunächst einen Widerspruch in sich beinhaltet. Marktwirtschaft ist von sich aus keineswegs sozial. Sie stellt einen wirtschaftlichen Mechanismus dar, der durch Angebot und Nachfrage bestimmt ist, der auf soziale Anliegen durchaus nicht Rücksicht nimmt und eine rücksichtslose Ausnutzung der Chancen des Marktes möglich macht, soweit das eben durch rein wirtschaftliche Fakten möglich ist. Die freie Marktwirtschaft nimmt keine Rücksicht auf irgendwelche nicht rein wirtschaftlichen Überlegungen. Sie kann nur bewahren den, der sich bewährt. Sie ist ebenso selbstverständlich mit dem Erfolg des Rücksichtslosen wie mit dem Mißerfolg des Fehlkalkulierenden verbunden, sie bedingt ebenso den glanzvollen Aufstieg wie die Pleite und die Vernichtung selbständiger wirtschaftlicher Existenz. Das ist ebensowenig sozial wie eine Bilanz gefühlvoll sein kann. Durch das schmückende Beiwort „sozial“ wird sie im Prinzip nicht anders. Solange das nur ein Beiwort bleibt, das dem Begriff Marktwirtschaft beigegeben - also nicht gleichwertig oder übergeordnet ist - bleibt das Prinzip der Marktwirtschaft ent-

*Ludwig Rosenberg, Die Stellung der Arbeitnehmer 161*

scheidend. Zur Marktwirtschaft gehört der Wettbewerb, der Antrieb und Mittel zugleich ist. Er ist auch nicht sozial. Denn im Kampf um den Markt nimmt er die Formen jeden Wettbewerbs an - rücksichtslos Mitbewerber ausschalten und als erster ans Ziel

kommen zu wollen. Die Erhebung des Begriffs Soziale Marktwirtschaft zum Fetisch ist zwar propagandistisch wirkungsvoll - wird aber tatsächlich den wahren Verhältnissen nicht gerecht. Denn die tatsächlichen Gegebenheiten sind; es gibt keine wirkliche Marktwirtschaft, und es gibt keine wirklich soziale Marktwirtschaft, wenigstens nicht so lange, solange das Wort „sozial“ nur ein schmückendes Beiwort ist.

Die tatsächlichen Verhältnisse zeigen folgendes Bild: Der ungehemmte Wettbewerb wird weitgehend beschränkt. Es gibt in der modernen Wirtschaft große Gebiete, in denen echter Wettbewerb zum Ruin aller Beteiligten führen würde. Deshalb hat man sich trotz aller Abspracheverbote national und weltweit bemüht, zu Absprachen über Quoten, Regionen und viele andere Dinge zu kommen. Das funktioniert nicht immer reibungslos - und Außen-seiter stören gelegentlich. Aber es kann nicht geleugnet werden, daß diese Tendenz immer stärker wird- Nicht nur die Preisabsprachen der zweiten Hand sind hier angesprochen, sondern weit-aus wichtigere und nicht so offenkundige Einschränkungen des Wettbewerbs, der doch wohl einer der immer wieder besonders gepriesenen Grund züge der Marktwirtschaft ist. Der so beharrlich bekämpfte Dirigismus, das Eingreifen öffentlicher Instanzen, eine Todsünde gegen den Geist der Marktwirtschaft, nimmt immer größeren Raum ein. Er wird, je nach der gegebenen Situation, gefordert, begrüßt oder verurteilt und verteufelt. Subventionen, staatliche Absicherung des Unternehmerrisikos durch Garantien der öffentlichen Hand, Zölle, Kontingente, Währungsabsicherung, wie z.B. das Floating und zahllose direkte und indirekte staatliche Eingriffe sind zwar eigentlich „systemwidrig“, werden aber durch-aus nicht so gesehen, wenn sie sich gerade als vorteilhaft erweisen.

Dazu kommt, daß große und größte wirtschaftliche Unternehmen, obwohl im Privateigentum, tatsächlich zu Institutionen geworden sind, deren Existenz der Staat nicht den Gesetzen der

### *162 Interessenswettbewerb und sozialer Ausgleich*

Marktwirtschaft überlassen kann. Sie dürfen nicht Pleite gehen, da die politischen Konsequenzen unabsehbar wären. Hier hat sich noch niemand gescheut, die Verluste sozialisieren zu lassen. Andererseits wird der Abbau staatlicher bzw. öffentlicher wirtschaftlicher Betätigung stets als dem System entsprechend gefordert und gefördert. Er beschränkt sich allerdings in den sogenannten Privatisierungsvorhaben auf die lukrativen Unternehmen

und nicht auf solche, die sich der profitwirtschaftlichen Betrachtung entziehen und ohne die die Wirtschaft nicht funktionfähig sein würde.

Eine weitere Erscheinung unserer modernen Wirtschaft ist die Konzentration, die technisch und wirtschaftlich oft genug notwendig und ohne Zweifel oft genug fortschrittlich ist oder zumindest sein kann - deren Konsequenzen aber keineswegs sozial sein müssen. „Sie kann“, wie der Präsident des Bundeskartellamtes Günther in einem Interview sagte, „die Grundlage des Systems, nach dem wir wirtschaften, zerstören, indem sie den Wettbewerb vermindert“. Ich möchte weitergehen und sagen, sie bereitet die Möglichkeiten der Sozialisierung weit mehr vor als das irgendwelche ideologischen Hitzköpfe jemals tun könnten.

So ist also die Marktwirtschaft keineswegs so rein und unverfälscht, wie sie uns ihre Vertreter darzustellen beliebten und viele Gefahrenquellen, die sie befürchten, sind von ihnen selbst längst angezapft. Der Glaube, daß nur die Marktwirtschaft unserem Grundgesetz gerecht wird, ist schlicht unzutreffend. Dirigistische Wirtschaftsformen, Beeinträchtigungen der Eigentumsrechte und des Freiheitsspielraumes sind, wie Klaus Bernhardt im „Handelsblatt“ sehr zutreffend darstellte, durch das Grundgesetz nicht ausgeschlossen. Das Bundesverfassungsgericht sagte in einem Urteil, daß das Grundgesetz weder die politische Neutralität einer Regierung und der Gesetzgebungsgewalt noch eine nur mit marktkonformen Mitteln gesteuerte soziale Marktwirtschaft garantiere.

Wenn wir uns also vergegenwärtigen, daß - entgegen einer weit verbreiteten Meinung - die marktwirtschaftliche Ordnung durch das Grundgesetz nicht geschützt ist, so wird unverständlich,

*Ludwig Rosenberg, Die Stellung der Arbeitnehmer 163*

weshalb diese Wirtschaftsordnung mit einem beinahe religiösen Fanatismus als die einzig sinnvolle, menschenwürdige und unserer freiheitlichen Grundordnung entsprechende angesehen und jede Kritik an ihr geradezu als unverzeihbare Beleidigung heiligster Güter angesehen wird.

## II. Materieller Wohlstand ohne soziale Gerechtigkeit

Es ist also keineswegs abwegig, wenn sich der Bürger, der über Sinn und Aufgabe dieses Staates und dieser Gesellschaft nach-

denken sollte, die Frage stellt: Ist diese Marktwirtschaft wirklich sozial - oder sollte sie es sein? Ist sie Zweck und Sinn an sich oder nur Instrument zur Verwirklichung von Zwecken und Zielen? Erfüllt sie diese Aufgabe, und wenn nicht, was kann man und was muß man tun, um sie diesem Ziel unterzuordnen? Diese Fragen stellen bedeutet nicht, daß Antwort schon vorweg genommen werden könnte, daß die Marktwirtschaft als unfähig erklärt wird, die gesteckten Ziele zu erreichen. Zwar wird fast jeder, der so fragt, bereits von den fanatischen Vertretern der Marktwirtschaft dieser Ideen bezichtigt. Das aber scheint mir mehr die Unsicherheit derer zu beweisen, die als Gralshüter der Marktwirtschaft aufzutreten pflegen, als die Tatsache düsterer revolutionärer Umtriebe derer, die so fragen.

Daß diese Frage besonders von den Arbeitnehmern gestellt wird, ist nicht verwunderlich. Sie stellen jenen Teil der Gesellschaft dar, der um seine wirtschaftlichen Existenzgrundlagen aus nahezu hoffnungsloser Ausgangslage immer wieder kämpfen mußte, der erst allmählich aus dem Zustand des Vegetierens in den des Existierens gelangen konnte, der den Herrschaftsverhältnissen in der Wirtschaft in unvorstellbarer Weise unterworfen war, der im Wettbewerb der Klassen oder Gruppen von vornherein hoffnungslos benachteiligt war und der alles dies erst in den letzten Jahrzehnten ändern oder wenigstens mildern konnte.

Diese Erfahrungen haben ihn und sein Denken geprägt, und er vergleicht seine gegenwärtige Lage mit den Vorstellungen und

*164 Interessenswettbewerb und sozialer Ausgleich*

Zielsetzungen, die er von einer freien, demokratischen, selbstbestimmten und menschenwürdigen Gesellschaft hat. Er unterscheidet sich dabei im Grunde nicht sehr von allen anderen Bürgern dieses Staates und dieser Gesellschaft, soweit sie überhaupt bereit sind, den Sinn des Lebens nicht in der Fußballweltmeisterschaft oder der Italienreise und dem Auto zu sehen. Seine Vorstellungen von dieser Gesellschaft werden bestimmt von Überlegungen, die um Begriffe kreisen, die weder in Fabriken produziert noch an der Börse gehandelt werden: individuelle und kollektive Freiheit, Selbstbestimmung, soziale Gerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit, Menschenwürde und Solidarität.

Ich weiß, daß solche Worte bei vielen ein überhebliches und überlegenes Lächeln hervorrufen. Das sind Begriffe für Festan-

sprachen, aber nichts für Praktiker, die sich mit den harten und angeblich unumstößlichen Gesetzen der Wirklichkeit auseinandersetzen. Bestenfalls gut genug, um - wenn's gerade paßt - das Pathos herzugeben, mit dem man auch sehr massive handgreifliche Sonderinteressen öffentlich vertreten kann. Aber für's praktische Leben, für den berühmten rauhen Alltag, da taugen sie nichts. Und doch sollte es uns nachdenklich machen, wenn wir feststellen müssen, daß angesichts eines unzweifelhaft noch nie vorher erreichten materiellen Wohlstandes das so oft zitierte Unbehagen unserer Gesellschaft so schwer zu schaffen macht.

Wie kommt es, daß in einer Zeit, in der die meisten Menschen unseres Landes - und der meisten wirtschaftlich entwickelten Industrieländer - ganz gewiß nicht materielle Not leiden, in einer Welt, in denen es ihnen wirtschaftlich besser geht als sie selbst es sich noch vor Jahren erträumt hätten - daß in dieser Welt Unzufriedenheit, Unsicherheit Mißstimmung und Unruhe bei so vielen herrscht? Es kann ja doch wohl nicht daran liegen, daß diese Menschen in einer Art perverser Lust gegen den Wohlstand revoltieren, weil sie gerade nichts Besseres zu tun wüßten. Nein, der Sinn des Lebens, jene Aufgabe, die über die Anhäufung materiellen Besitzes hinausgeht, erscheint ihnen unerfüllt. Die soziale Komponente einer materiellen Güter in Überfluß darbietenden Marktwirtschaft erscheint ihnen nicht erfüllt. Inmitten

*Ludwig Rosenberg, Die Stellung der Arbeitnehmer 165*

all des so geliebten und so begehrten Plunders empfinden sie - vielleicht mehr instinktiv als bewußt - die Leere, in der sie sich tummeln, die Tatsache der ungelösten großen gesellschaftlichen Aufgaben, die auch durch noch so viele Waren und Güter nicht zu verdecken ist.

Und mehr als in jenen Zeiten, in denen der Kampf ums nackte Überleben alle ihre Kräfte erforderte und keine Zeit zum Nachdenken ließ, erkennen sie, was sich alles nicht verändert hat und was alles noch unabwendlicher und nahezu schicksalhaft um sie herum und vor ihnen sich nahezu unentrinnbar auftürmt. Eine aus dem gesellschaftlichen Nichts in materiellen Wohlstand gelangte Arbeitnehmerschaft stellt Forderungen, die man heute so gern mit dem Modewort „Qualität des Lebens“ bezeichnet und die doch nichts anderes ist als die Herstellung menschenwürdigen selbstbestimmten Daseins als gleichberechtigter Teil der Gesellschaft. Hier

sieht sich der Mensch in einer Umwelt, die sich ihm als eine Welt technischer Wunder darstellt, in der alles möglich erscheint und wir der Schöpfung auf der Spur sind. Eine Welt, in der er täglich mit neuen ungeahnten Möglichkeiten konfrontiert wird, in der immer neue Möglichkeiten der Befriedigung materieller Bedürfnisse und sinnvoller und unsinniger Wünsche greifbar werden. Hier kann er sich einen Luxus erlauben, von dem er früher kaum zu träumen wagte. Hier ist er scheinbar Meister seines Geschicks,

Und gleichzeitig erlebt er, wie wehrlos er dem gegenübersteht, was man so gern als Zwänge unserer Gesellschaft und unseres Wirtschaftslebens bezeichnet. Er erlebt die alten Abhängigkeiten in neuer oder alter Form. Sie sind zum Teil verdeckt durch zeitweilige Überbeschäftigung und Konjunkturphasen - sie sind aber da, für jeden, der sehen kann und sehen will, gegenwärtig im täglichen Leben - in Büro und Fabrik. Und er sieht, wie angeblich unumstößliche Wirtschaftsgesetze diesen Zustand noch unausweichlicher machen als jemals zuvor und wie der Wohlstand für alle - die Abhängigkeit aller nicht zu beseitigen vermag. Er weiß, daß jede Krise und jede wirtschaftliche Erschütterung den schönen Schein wegwischt und die nackten Unzutraglichkeiten nur noch schmerzhafter fühlbar machen werden. Das alles macht ihn in-

166 *Interessenswettbewerb und sozialer Ausgleich*

mitten des Wohlstands unruhig, unsicher, ungewiß darüber, wohin eigentlich der Weg geht, welches Ziel wir eigentlich anstreben, wozu das alles letztlich gut sein soll.

Und er stellt Fragen. Fragen nach dem Sinn alles dessen. Fragen, ob es der Sinn sei, zu produzieren, um zu produzieren. Ob noch mehr und immer noch mehr den Sinn des Lebens ausmachen kann. Ob das alles zu einer größeren Sicherheit, zu größerer Freiheit, zu wirklicher Freiheit und Selbstbestimmung führt und ob der Sinn unseres Tuns eigentlich nichts anderes sei, als immer mehr Güter zu erzeugen und zu verbrauchen.

Und er sieht eine immer stärkere Konzentration in der Wirtschaft und als deren Folge eine immer stärkere Konzentration der wirtschaftlichen Macht. Und er weiß, daß wirtschaftliche Macht politische Macht bedeutet. Macht über Pläne und ihre Verwirklichung, Macht über Menschen und ihr Schicksal.

Und er kann den Sinn des Lebens nicht mehr erkennen, und er



sucht nach dem Kompaß, der verloren ging. Und er kommt zurück zu den alten, ewig jungen Ideen von Gerechtigkeit. Selbstbestimmung und Menschenwürde, die er mit dem schnellsten Auto nicht erjagen und auch mit dem DM 624,-Mark-Gesetz nicht erkaufen kann.

Da liegt die Quelle jener Unzufriedenheit, die die Menschen inmitten eines weitgestreuten Wohlstandes erfaßt, offenbar gegen jede wirtschaftliche Vernunft. Aber der Mensch lebt eben nicht vom Brot allein. Die Stellung des Arbeitnehmers in unserer Wirtschaft und Gesellschaft ist so verschieden nicht von der Stellung jener Bürger unserer Gesellschaft, die sich als Ziel menschlichen Tuns eine Gesellschaft vorstellen, die fortschrittlichen Ideen im gesellschaftlichen Bereich ebenso aufgeschlossen gegenübersteht wie sie technischen Fortschritt freudig bejaht.

Sie empfinden die alten überkommenen Herrschaftsverhältnisse als unerträglich und mit der Würde des Menschen unvereinbar. Sie sind sich dessen bewußt, daß die Vorstellung von einer freien demokratischen Gesellschaft auch nicht mit den Mitteln der Zwangswirtschaft und des totalitären Staates ermöglicht werden kann.

*Ludwig Rosenberg, Die Stellung der Arbeitnehmer* 167

### III. Die Verwirklichung einer freiheitlichen demokratischen und sozialen Ordnung

Aber zwischen totaler Planwirtschaft und hemmungsloser Marktwirtschaft, zwischen dem Dschungel des rücksichtslosen Kapitalismus und dem Gefängnis der Zwangswirtschaft gibt es eine Fülle von Möglichkeiten, die sich zwar nicht leicht mit Schlagworten ausreichend definieren lassen, die aber als praktische Instrumente zur Erreichung freiheitlich-demokratischer Ziele wertvoller als starre Ordnungsbilder sind, die in der Praxis versagen. Die Bejahung des Privateigentums schließt nicht die Verhinderung seines Mißbrauchs aus, die Förderung des Wettbewerbs und der Initiative des einzelnen macht sinnvolle Planung nicht überflüssig. Und die Möglichkeit, Eigentum zu erwerben, schafft noch keine gerechte Verteilung von Eigentum. Die Betrachtung volkswirtschaftlicher Entwicklungen muß frei sein von starrer Dogmatik und falscher Vergötzung eines Instrumentariums, das nichts sein darf als Instrument und niemals Selbstzweck.

Die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften sehen ihre Aufgabe nicht in der Schaffung einer Gesellschaft, in der niemand mehr über Eigentum verfügt, sondern im Gegenteil darin, daß alle aus

dem gemeinsam erarbeiteten Sozialprodukt wirkliches Eigentum erwerben können. Ihr Ziel ist weder eine Welt von Kapitalisten noch eine Welt von Kolchosen, sondern eine Welt, in der Eigentum Sicherheit für jeden und nicht Herrschaft weniger über alle bedeutet. Das bedeutet, dem Eigentum jene Verpflichtung aufzuerlegen, durch die es erst seine Berechtigung erhält. Eigentum verpflichtet - das ist etwas ganz anderes als das alte Noblesse oblige. Eigentum als Selbstzweck ist sinnlos, als Mittel zur Sicherung der persönlichen Freiheit und Selbstbestimmung hat es einen Sinn.

So betrachtet, ist es selbstverständlich, daß der Arbeitnehmer in unserer modernen Welt es nicht dabei bewenden lassen kann, daß über die Produktionsmittel allein eine Handvoll Anteilseigner verfügen kann. Das Eigentum an den Produktionsmitteln unserer modernen konzentrierten Industrie kann nicht gleichgesetzt

168 *Interessenswettbewerb und sozialer Ausgleich*

werden mit dem Fahrrad oder Auto, mit Eigentum am Eigenheim oder gar mit Ansprüchen an die Lebens- und Rentenversicherung. Wer solche Rechnungen aufmacht - und seien sie auch noch so mühsam statistisch belegt - weiß genau, daß sie ernsthafter Kritik nicht standhalten. So kann man gerechte Vermögensverteilung nicht begründen. Er weiß auch, daß die Zahl der Kleinaktionäre nichts, aber auch gar nichts, aussagt über ihre Möglichkeit, die Machtausübung über die Produktionsmittel und darüber hinaus zu kontrollieren, die in den Händen der Manager liegt, die nicht einmal über eine Aktie zu verfügen brauchen.

Die Kontrolle über die in der modernen Wirtschaft entstehenden Herrschaftsverhältnisse ist eine Aufgabe, von der die Existenz einer wirklich demokratischen Volksgemeinschaft und die Realisierung ihrer gesellschaftspolitischen Ziele abhängen. Die Verwirklichung der Mitbestimmung ist deshalb eine Aufgabe, die nicht auf den politischen Sektor beschränkt bleiben darf, wenn die Wirtschaft Instrument und nicht Herr der Politik sein soll. Deshalb ist die Forderung nach Mitbestimmung eine eminent gesellschaftspolitische Aufgabe. Sie beinhaltet schlicht und einfach die Verwirklichung menschenwürdiger demokratischer Selbstbestimmungsrechte, die Sinn und Inhalt einer demokratischen Gesellschaft sind. Sie beinhaltet das Ende der Alleinbestimmung weniger über das Schicksal aller anderen.

Mitbestimmung heißt nicht allein bestimmen. Mitbestimmen heißt auch nicht, daß alle über alles bestimmen. Mitbestimmen heißt auch nicht, daß alle dazwischen reden und keiner etwas zu sagen hat, weil alle etwas zu sagen haben wollen. Mitbestimmen heißt, daß die Vorstände, die Direktoren und Generaldirektoren der großen Kapitalgesellschaften sich für ihr unternehmerisches Tun und Lassen nicht mehr ausschließlich den Kapitaleignern gegenüber verantworten sollen, sondern sich auch der Kontrolle der Arbeitnehmer unterwerfen, deren Existenz vom Schicksal der Unternehmen und den Dispositionen der Untemehmensspitze abhängt.

Auch in der Frage der Vermögensverteilung glaubt der Arbeitnehmer feststellen zu müssen, daß die alten Ungerechtigkeiten

*Ludwig Rosenberg, Die Stellung der Arbeitnehmer 169*

nicht beseitigt sind. Das, was von Nell-Breuning den „Skandal der Vermögensverteilung“ nannte, bleibt für die Arbeitnehmer ein ernsthaftes Hindernis für die Herstellung gerechter und vertretbarer Zustände in einer Gesellschaft, die sich die soziale Gerechtigkeit als zu erfüllende Aufgabe gestellt hat. Es hat wenig Sinn, sich hier über Einzelheiten zu streiten. Unbestreitbare Tatsache bleibt, daß die Akkumulation von Vermögen in Händen einer relativ geringen Zahl der Bürger nicht nur weiter bestehen geblieben ist, sondern sogar noch zugenommen hat. Daran ändert auch nichts, daß das Vermögen anderer Volksschichten ebenfalls nicht unwesentlich gewachsen ist. Das Mißverhältnis ist nicht beseitigt worden. Man braucht nicht Marxist zu sein, um diese Tatsachen zu erkennen. Es ist sehr viel mehr die Ungerechtigkeit und die unnötige und unbegründete Verewigung dieser Ungerechtigkeit als die rein rechnerische Größenordnung, die hier nach Abhilfe verlangt. Ganz abgesehen von den politischen Konsequenzen, die bereits erwähnt wurden. Es ist richtig, daß über Lohn und Gehalt der richtige Anteil an dem gemeinsam Erarbeiteten nicht auszahlbar ist. Es ist ebenso richtig, daß die verschiedensten Maßnahmen der Sparförderung dem Problem nicht gerecht werden. Denn das aus dem Einkommen Ersparte berührt ja nicht jenen Teil, den ich als Lohn oder Gehalt eben nicht erhalten konnte. Es ist notwendig, hier einen Weg zu finden, der eine sozial gerechte und wirtschaftlich tragbare Lösung möglich macht.

#### IV. Bejahung des gesellschaftspolitischen Auftrags Sozialer Marktwirtschaft durch die Arbeitnehmer

Ich habe mich hier nur mit einigen wenigen Aspekten eines Problems beschäftigen können, die mit der Stellung der Arbeitnehmer in Wirtschaft und Gesellschaft zu tun haben. Sie sind im wesentlichen beschränkt gewesen auf einige Fragen, die sich aus unserem Wirtschaftssystem ergeben, da es sich hier um eine Veranstaltung handelt, die sich mit einem Rückblick auf 25 Jahre Soziale Marktwirtschaft beschäftigt. Nicht erörtert worden sind jene Fragenkomplexe, die das Bildungswesen und andere Bereiche

170 *Interessenswettbewerb und sozialer Ausgleich*

des Lebens in einem Staat betreffen, der sich als Aufgabe gestellt hat, die persönliche und kollektive Freiheit seiner Bürger und einen sozialen Rechtsstaat zu verwirklichen. Es gehört also gewiß sehr viel mehr dazu als das, was ich in diesem Vortrag erwähnen konnte.

Nur eines möchte ich noch zum Schluß zu beantworten suchen: die Frage nämlich, ob diese deutsche Arbeitnehmerschaft die Verwirklichung des im Grundgesetz gegebenen Auftrages tatsächlich will - oder ob sie eine völlig andere, eine nicht freiheitlich demokratisch rechtsstaatliche Ordnung anstrebt. Oft erscheint es so, daß der, der unbequeme Fragen stellt und nicht in Jubelhymnen über das Erreichte sich erschöpft, bereits zu jenen gerechnet wird, die mit Begriffen wie systemüberwindend und ähnlichen Vokabeln ziemliche Unruhe in jene Kreise zu bringen scheinen, die wie der Drache im Rheingold das „Ich liege und besitze“ zum Motto ihres Lebens erkoren haben und in ständiger Angst um den Verlust des Errungenen nach Gespenstern Ausschau halten. Lassen Sie mich deshalb sagen: Der Arbeitnehmer sieht in der Sozialen Marktwirtschaft, oder besser durch die Soziale Marktwirtschaft, zwar die Tatsache gegeben, daß seine wirtschaftliche Lage sich wesentlich im Vergleich zu früheren Perioden seines Lebens gebessert hat. Er vermißt aber, daß diese Wirtschaftsform als Instrument zur Verwirklichung jener gesellschaftspolitischen Zielsetzungen genutzt wurde, die er als Voraussetzungen für die Erfüllung des Verfassungsauftrages des Grundgesetzes der Bundesrepublik und eines sinnvollen Lebens betrachtet. Stattdessen glaubt er erkennen zu müssen, daß die Marktwirtschaft immer mehr zum Selbstzweck anstelle zum Instrument der Herstellung sozialer Zielsetzungen geworden ist und daß jeder Hinweis darauf

bereits als Angriff auf eine Ordnung angesehen wird, die erst noch zu schaffen ist.

Die Arbeitnehmerschaft sieht als ihr Ziel eine Gesellschaft, in der nach menschenmöglichem Ermessen ein Zustand geschaffen werden soll, in dem jeder nach seiner Leistung und Begabung seinen unbestrittenen Platz in der Gesellschaft und in der Wirtschaft einnehmen soll. Eine Gesellschaft, in der die Gleichheit der

*Ludwig Rosenberg, Die Stellung der Arbeitnehmer* 171

Chancen für alle wirklich gewährt sein soll. Eine Gesellschaft, in der die persönliche Freiheit des einzelnen nur an der Freiheit des anderen und der Gesamtheit ihre Grenzen hat und in der der Grundsatz der Selbstbestimmung überall wirksam werden muß. Nicht überall in der gleichen Art - aber überall zu dem gleichen Zweck, nämlich dem, die Würde und die Achtung der Menschen vor sich selbst und vor anderen zu wahren. Eine Gesellschaft, in der alles menschliche Tun, in Wirtschaft und Politik, am Arbeitsplatz und in der Freizeit, dem Ziel untergeordnet ist, wirkliches Menschsein und wahres Menschentum zu verwirklichen und zu pflegen. Und eine Gesellschaft, in der der Begriff der Solidarität, d.h. der Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft, Vorrang vor dem der ungehinderten Verwirklichung der persönlichen Ziele hat.

Wir wissen, daß alles das ein immer anzustrebendes Ziel bleiben wird - daß es niemals ganz erreicht sein wird. Ist das aber ein Grund, das Mögliche zu unterlassen - und das Erreichte durch sträfliche Unterlassung in Gefahr zu bringen? ! Die Hoffnungen und das Streben der Arbeitnehmerschaft gehen den Weg der Reformen - nicht der Revolution. Die Revolution aber ist immer nur die Konsequenz verpaßter Reformen, der mangelnden Bereitschaft, auch vielleicht schmerzhaft Veränderungen zu akzeptieren und so das zu erhalten, was sonst auch noch verloren zu gehen pflegt und wert wäre, bewahrt zu werden.

## Marktwirtschaft ist mehr als Wirtschaft

- Infrastruktur, Umweltschutz, Demokratisierung -

von  
Wolfgang Frickhöffer

### I. Freiheitliche Ordnung

Nach unserer Auffassung ist das Wirtschaftliche kein Selbstzweck und hat nicht im Mittelpunkt des menschlichen Daseins zu stehen. Die Väter dieser Konzeption waren von einem überwirtschaftlichen Impuls geleitet. Das diese Wirtschaftsordnung Freiheit und Chancen schafft, daß sie die Verantwortlichkeiten klärt, in dem der Erfolg besser mit dem jeweiligen Leistungsbeitrag verknüpft wird, daß sie Arbeitslosigkeit und unverschuldete Zusammenbrüche ebenso wie Inflation und ungerechte Ausbeutung der Gläubiger aller Art verhindert, leistungswidrige Machtstellungen verringert, daß Marktgeschehen stärker dem Verbraucher dienstbar macht, eine bessere Übereinstimmung zwischen Gewinnstreben und Bedarfsdeckung herbeiführt, Anstrengungen auch der kleinen Leute für sie selber lohnend macht und dadurch ihr Selbstbewußtsein und ihr Lebensgefühl hebt, daß sie Aufstiegschancen bietet, Privilegien abbaut, überkommene Besitzstände verringert, zur sozialen Befriedung beiträgt - all dies und vieles andere war und ist denjenigen, die die Soziale Marktwirtschaft verfechten, stets wichtiger als der Wettbewerbsmechanismus und der höhere materielle Ausstoß.

Selbstverständlich beginnt eine gesellschafts- und wirtschaftspolitische Konzeption nicht bei den höchsten überhaupt denkbaren Werten, etwa den religiösen. Die Soziale Marktwirtschaft setzt mit ihren Überlegungen vielmehr auf einer mittleren Wertebene ein, wo die Begriffe „personale Würde“ und „Gemeinwohl“ zu finden sind. Davon abgeleitet, in der Skala der Werte darunter, würde es darum gehen, eine gesellschaftliche Ordnung zu verwirklichen, in der menschenwürdiges Zusammenleben der Einzelnen und der

*Wolfgang Frickhöffer, Marktwirtschaft ist mehr als Wirtschaft 297*

Gemeinschaften gesichert ist. Das bedeutet: Erfüllung und Entfal-

tung der menschlichen Fähigkeiten und ihrer Gemeinschaften. Davon wieder abgeleitet sind die Begriffe Freiheit und Verantwortung, die stets miteinander gekoppelt sein müssen.

Wenn so deutlich herausgestellt wird, daß Marktwirtschaft mehr als Wirtschaft, mehr als der bloße Marktablauf nach Angebot und Nachfrage ist, dann wird es nicht überraschen, wenn Startgerechtigkeit, Ehrlichkeit und Durchlässigkeit als vorrangige Forderung des marktwirtschaftlichen Konzeptes angesehen werden.

Unter dem Begriff der Startgerechtigkeit geht es darum, faire Startbedingungen zu sichern, aber nicht etwa künstlich gleiche Startbedingungen herzustellen. Jedoch sind stets gleiche Chancen zu fördern. Dies bedeutet z.B., daß natürliche Ausgangsunterschiede in Klima, Standort und Bodenschätzen, oder, soweit es sich um Personen handelt, in Intelligenz, Fleiß und Tüchtigkeit akzeptiert werden und voll zur Geltung kommen müssen. Die Arbeitsteilung lebt von diesen natürlichen Ausgangsunterschieden und hängt von ihnen ab. Die Arbeitsteilung könnte nie ihre enorme Fruchtbarkeit entwickeln, wenn natürliche Ausgangsunterschiede künstlich eingeebnet würden.

Die Aufgabe lautet daher lediglich, künstliche Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, wie sie durch die Steuerpolitik, das Gesellschaftsrecht, das Patentrecht, durch die Art, wie öffentliche Aufträge vergeben werden, oder auch durch privaten Interventionismus in Form von Wettbewerbsbeschränkungen zustande kommen. Derartige Verfälschungen und Verzerrungen der Wettbewerbsbedingungen sollten bekämpft werden.

## II. Staatsaufgaben und Unternehmensfunktion

In gleicher Weise müssen Wettbewerbsverfälschungen aber auch bei der Kostenzurechnung vermieden werden. Gerade die Soziale Marktwirtschaft fordert ehrliche Kostenzurechnung und unverfälschte Wettbewerbsverhältnisse, und zwar auf weiten Gebieten,

298 *Gerechte Wirtschafts- und Wettbewerbsordnung*

die bisher vernachlässigt wurden. Mit Kosten sind hier nicht nur die betriebswirtschaftlich unmittelbar spürbaren Belastungen, sondern ganz besonders auch die gesamtwirtschaftlichen und, wie es den dargestellten Leitprinzipien entspricht, auch die überwirtschaftlichen Kosten gemeint. Als Beispiele seien hier der Individualver-

kehr und der Umweltschutz genannt. Auf beiden Gebieten kann und sollte durchaus die vorhin erwähnte „pretiale Lenkung“ angewandt werden.

Der Individualverkehr ist selbstverständlich im Verhältnis zum öffentlichen Nahverkehr zu sehen. Sozialistische Kräfte haben dabei den Null-Tarif für den öffentlichen Nahverkehr gefordert und sogenannte Rote-Punkt-Aktionen unternommen. Beides ist aber sozial- und finanzpolitisch kaum durchführbar, von den juristischen Konsequenzen ganz abgesehen. Das Grundgesetz gestattet zwar, die Straßenbahn nicht zu benutzen, sie also zu boykottieren, jedoch nicht den Straßenbahnverkehr zu blockieren. Durch Niedrighalten oder gar völligen Abbau von Straßenbahntarifen ist überdies nichts einzusparen. Im Gegenteil werden die nötigen Aufwendungen dann nur verschleiert, sie sind damit schlechter zu ermitteln, also teurer. Die Aufwendungen dafür sind erforderlich, und wenn sie nicht mehr direkt von den Nutzern getragen werden, so werden sie aus dem Steueraufkommen erbracht. Hier kann man auch nicht als Ausweg anbieten, die höheren Einkommensbezieher stärker zu belasten. Zumal in den Gewinnen im wesentlichen die Mittel für die Investitionen für morgen enthalten sind. Nicht nur wegen der Relation zum öffentlichen Nahverkehr sollte der Individualverkehr gerechter und damit stärker belastet werden. Der Individualverkehr trägt keinesfalls alle Lasten einschließlich der indirekten Folgekosten, die die Motorisierung, besonders in den Kommunen, hervorruft. Hierzu zählen nicht nur der Straßenbau, sondern auch die Anlagen zur Verkehrsregelung, der Polizeiaufwand, bis hin zur Umweltverschmutzung. Würden dem Individualverkehr alle diese Kosten angelastet - und gerade die Soziale Marktwirtschaft fordert, wie erwähnt, ehrliche Kostenzurechnung und unverfälschte Wettbewerbsverhältnisse -, dann würde nicht nur die Motorisierung gebremst, sondern es entstünde auch Spielraum für die nötigen Tarifierhöhungen im öffentlichen Nahverkehr. Da der

*Wolfgang Frickhöffer, Marktwirtschaft ist mehr als Wirtschaft 299*

Individualverkehr noch teurer wäre, wären Abwanderungen nicht zu befürchten, und man erhielte die nötigen Investitionsmittel, um den öffentlichen Nahverkehr leistungsfähig auszubauen.

Voraussetzung einer solchen neuen Verkehrspolitik wäre aber allerdings, daß die Nutzungsentgelte des Individualverkehrs, die heute noch unter den Begriffen Kraftfahrzeugsteuer und Mineralölsteuer getarnt werden, nicht in die allgemeinen öffentlichen



Haushalte, sondern in ein Sondervermögen fließen, aus dem auch die entsprechenden Aufwendungen getätigt werden, die also ebenfalls nicht mehr in den öffentlichen Haushalten enthalten sein sollten. Nur dann haben wir Ehrlichkeit auch gegenüber den Kraftfahrern, nur dann können wir klar erkennen, welche Aufwendungen nötig sind. Ähnliches gilt für das Verhältnis zwischen Lastkraftwagen und anderen Transportmitteln.

Heute werden insbesondere Umweltprobleme zu Angriffen auf die Marktwirtschaft mißbraucht. Auf die Antinomie von Sozialismus und Kapitalismus läßt sich das Umweltproblem keinesfalls reduzieren. Umweltschäden erwachsen aus zunehmender Industrialisierung. Die natürlichen Kapazitätsgrenzen von Luft, Wasser, Menschen, Tieren und Pflanzen, Schadstoffe ohne Gefahr zu verarbeiten, sind durch die zunehmende Industrialisierung überschritten. Mit dem Wirtschaftssystem hat dies nichts zu tun. Zur Beseitigung der mit der Industrialisierung auftretenden Umweltschäden müssen in jedem Wirtschaftssystem Produktivkräfte abgezweigt werden, und das ist im Sozialismus nicht billiger als im Kapitalismus. Auf jeden Fall sind diese Aufwendungen umso leichter zu erbringen, je leistungsfähiger das Wirtschaftssystem ist. Überdies bieten die sozialistischen Länder auch in der Praxis keineswegs ein Vorbild an Umweltsicherung.

Was auf diesem Gebiet not tut, sind nicht nur klare gesetzliche Auflagen, wie etwa beim Lebensmittelrecht, sondern vor allem eine Zurechnung der für die Umwelt verursachten Belastungen. Diese social costs müssen in die betriebliche Kostenrechnung mit einbezogen werden. Der Wettbewerb ist verfälscht, wenn dies nicht geschieht. Unverfälschte Bedingungen zu schaffen, also alle Fakto-

300 *Gerechte Wirtschafts- und Wettbewerbsordnung*

ren ehrlich zuzurechnen, entspricht durchaus den Prinzipien der Marktwirtschaft.

Dies wird Produktionsverfahren je nach Umweltträchtigkeit gegenüber der bisher verfälschten Situation begünstigen oder benachteiligen. Es wird dazu führen, daß Ballungsräume mit ihrer hohen Emissionsverdichtung die Kosten von ansiedlungswilligen Unternehmen besonders stark belasten, so daß vielfach in begründenswerter Weise Standorte für Zweigwerke woanders gesucht werden. Dieser Entwicklung darf man auch keineswegs durch künstliches Niedrighalten städtischer Grundstückspreise entgegenwirken.

Das Verursacherprinzip mit unverfälschter Zurechnung anzuwenden, erfordert in gleicher Weise, daß die Politiker offen über die Verbraucherbelastungen sprechen, die sich aus einem besseren Umweltschutz ergeben. Bei richtiger konjunkturpolitischersteuerung können übrigens die Belastungen, die sich aus verbessertem Umweltschutz für die Verbraucher ergeben, zwar zu manchen Einzelpreiserhöhungen, müssen aber nicht zu einer Erhöhung des Preisniveaus führen. Eine reale Belastung der Verbraucher ergibt sich aber auf jeden Fall. Dies wäre ehrlicher Umweltschutz, wie er Demokratie und Marktwirtschaft gut ansteht.

Aus diesen Hinweisen erhellt, daß es bei der Sozialen Marktwirtschaft nicht nur um den bloßen Marktablauf, sondern um ein ganzes Ordnungssystem geht, das eine große Zahl von Staatsfunktionen einschließt, die alle auf eine hohe Wachstumsrate und eine moderne Wirtschaftsstruktur hinwirken. Zu diesen Staatsfunktionen gehören die Konjunkturpolitik ebenso wie die Wettbewerbspolitik, die Sorge öffentlicher Instanzen für die Infrastruktur ebenso wie eine Reihe von Anpassungshilfen parallel zum Marktverlauf.

Es kann keine Frage sein, daß nach modernem marktwirtschaftlichen Konzept Funktionsfähigkeit der Märkte durch den Staat zu sichern ist. Das Wort „Sozial“ vor „Marktwirtschaft“ bedeutet nicht nur, daß dem wirtschaftlichen Bereich soziale Maßnahmen hinzugefügt werden, sondern bedeutet vor allem auch, dafür zu

*Wolfgang Frickhöffer, Marktwirtschaft ist mehr als Wirtschaft 301*

sorgen, daß der Wirtschaftsprozeß von vornherein in sozialen Formen mit sozialen Ergebnissen verläuft. Gerade hierzu dienen Konjunktursteuerung und Wettbewerbspolitik.

Innerhalb des Wirtschaftsprozesses aber kann unter der Voraussetzung moderner marktwirtschaftlicher Politik mehr Freiheit gelassen werden als bisher. Da sollte man durchaus die Prozesse gewähren lassen und nicht durch Subventionen immer wieder Hilfen geben. Der Staat hat keine Planung für die Privatwirtschaft zu betreiben. Es ist nicht seine Aufgabe, Wachstumsraten für einzelne private Wirtschaftsbereiche festzusetzen. Diese Struktur soll vielmehr durch die Marktentwicklung - unter der Voraussetzung der Staatsfunktionen - zustande kommen. Wachstum und Entwicklung sind kein Selbstzweck. Voraus-

quantifizierte Wachstumsraten lehnen wir auch für die Gesamtwirtschaft ab. Wachstum ist kein Ziel, sondern ein Ergebnis, und die Politik sollte sich bescheidener, aber auch realistischer auf eine Vorausschätzung statt einer Zielprojektion konzentrieren. Dennoch hat der Begriff der Planung durchaus auch in der Marktwirtschaft seine Bedeutung. Zunächst müssen die Unternehmungen selbst Pläne machen: Investitionsprogramme, Finanzierungsprogramme, Absatzplanungen, Ausbildungsprojekte usw.

Diese verschiedenen individuellen Pläne werden über den Markt miteinander koordiniert und laufend neuen Entwicklungen angepaßt, neuen Tendenzen in der Nachfragestruktur usw. So erhält man laufend Daten vom Markt, diesen beeinflussend und von ihm beeinflußt in einer gegenseitigen Beziehung.

Ferner muß bei den öffentlichen Maßnahmen geplant werden. Das ist keineswegs Zentralplanungswirtschaft, sondern die öffentlichen Instanzen sollten hier als Teilnehmer am Wirtschaftsprozeß Pläne machen, selbstverständlich mehrjährige Pläne über die Grenzen der Haushaltsjahre hinweg. Diese Pläne der jeweils zuständigen öffentlichen Instanzen wären den betrieblichen Plänen der Unternehmen als Marktteilnehmer vergleichbar. Die Infrastruktur-Pläne sollten nicht aus einem zentralverwaltungswirtschaftlichen Plan,

### 302 *Gerechte Wirtschafts- und Wettbewerbsordnung*

auch nicht aus willkürlichem politischen Ehrgeiz abgeleitet werden, sondern aus einer strengen Beobachtung des Bevölkerungswachstums, des Marktverlaufes, in diesen beeinflussend und beeinflußt, eingepaßt wie auch Pläne der Unternehmungen. Selbstverständlich müssen auch die Infrastrukturpläne immer wieder revidiert werden.

Im Bereich der Infrastruktur - Erziehung, Straßenbau, Wasserversorgung, Regionalstruktur, Nachrichtenwesen, Müllabfuhr usw. - handelt es sich weitgehend nicht um willkürlich mögliche politische Entscheidungen, sondern um Sachfragen, die sachbedingt und nach Sachkriterien weit besser entschieden werden könnten, als dies bisher in der Politik geschah.

Dies wird vielleicht deutlich, wenn man sich einmal vorstellt, öffentliche Investitionen im Bereich der Infrastruktur könnten privatwirtschaftlich betrieben werden, also im Wettbewerb des Marktes. Wenn das in allen Fällen möglich wäre, würde es z. B. nie

zu einem Streit über die Rangordnung der Aufwendungen oder über die Abzweigung von Mitteln von anderen Verwendungszwecken kommen können. Das würde nämlich dann der Marktverlauf von selbst relativ geräuschlos, aber deutlich und klar zustande bringen, wie dies auf den Konsumgütermärkten auch der Fall ist. Dies würde auf dem Weg der Wettbewerbspreise geschehen, die den Wirtschaftsprozeß lenken und die angeben würden, welche Investitionen an welcher Stelle und welcher Höhe in der Konkurrenz der Bedürfnisse im Verhältnis zwischen relativer Nachfrage der Verbraucher und den Angebotsmöglichkeiten vorgenommen werden. Jedoch ist ein solches Verfahren bei den meisten öffentlichen Infrastruktur-Investitionen aus vielerlei Gründen nicht möglich - was sehr zum Nachteil der Infrastruktur gereicht. Infrastrukturinvestitionen sind marktwirtschaftlich durchaus legitim im Gegensatz etwa zu einer staatlichen Betätigung als Unternehmer im Produktions- und Handelsbereich und bei privaten Dienstleistungen. Hier geschieht nämlich nichts anderes, als daß die öffentlichen Instanzen, sei es bei der Regionalpolitik, der Stadt- und Raumplanung, sei es wie erwähnt bei Erziehung, Straßenbau, Wasserversorgung usw., einen Beitrag leisten zur Verbesserung der Wirtschafts- und Sozialstruktur und des Bildungswesens.

*Wolfgang Frickhöffer, Marktwirtschaft ist mehr als Wirtschaft 303*

Besonders dringend ist selbstverständlich eine Finanzplanung der öffentlichen Auf- und Ausgaben. Dabei geht es keineswegs darum, daß etwa die Regierung mit Hilfe eines Nationalbudgets den Wirtschaftsprozeß führen sollte. Der Wirtschaftsprozeß sollte vielmehr vom Markt geführt werden und nicht von den Wünschen eines Nationalbudgets. Die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung könnte jedoch gerade die umgekehrte Aufgabe wahrnehmen, nämlich dem Staat zu zeigen, was er zu tun hat, um sich den Tendenzen des Marktes anzupassen, wie gezeigt, „diesen beeinflussend und von ihm beeinflusst.“ Der Staat könnte danach z. B. bemessen, wie weit durch die Geldpolitik die Konsumgüternachfrage erhöht werden müßte, um das inzwischen gestiegene Konsumgüterangebot zu durchschnittlich gleichen Preisen absetzen zu können, wie weit Wasserversorgung, Müllabfuhr, Straßenbau u. ä. gesteigert werden müßten. Nun wird heute in diesem Zusammenhang oft behauptet, Marktwirtschaft, Profitdenken und Unternehmerfreiheit ließen durch ungehindertes und unkontrolliertes Gewinnstreben den öffentlichen Sektor verelenden und führten zu einem Fehlen von Mitteln für Gemeinschaftsaufgaben, nötige Mehrausgaben für Infrastruktur, Bildung, öffentlichen Nahverkehr, Um-

weltschutz usw. seien daher zusätzlich aus den Gewinnen der Unternehmen zu bezahlen. Was wirklich manche Gemeinschaftsaufgaben zu kurz kommen läßt, ist nicht die Soziale Marktwirtschaft, sondern ist in erster Linie das Verschulden von Politikern bei der Festsetzung von Prioritäten.

Aus sachgegebenen Gründen, die sich im gesamtwirtschaftlichen Kreislauf deutlich zeigen, können mehr Belastungen für Aufgaben dieser Art nicht den Unternehmen auferlegt werden. Belastet man die Unternehmungen stärker für öffentliche Infrastruktur-Maßnahmen, so muß auf andere Weise den Konsumenten der nötige Betrag für Investitionen vorenthalten werden, die Zusatzbelastung trifft also zwangsläufig den Konsumenten.

Es geht auch nicht darum, private Investitionen zu reduzieren und stattdessen öffentliche Investitionen auszudehnen. Zur Debatte steht etwas anderes, nämlich die Investitionen für privat zu verwendende Konsumgüter relativ zu verringern, und die Investi-

#### 304 *Gerechte Wirtschafts- und Wettbewerbsordnung*

onen für Infrastrukturgüter als Folge einer verstärkten Nachfrage der öffentlichen Hand zu erweitern. Auch diese Investitionen sollten aber von privaten Unternehmen kommen. Das Gesamtvolumen der Investitionen ist ja nicht einfach zu verringern, sondern ein bestimmtes Investitions- und Gewinnvolumen muß durch die Konjunkturpolitik im Interesse hoher Beschäftigung der Arbeitnehmer gesichert werden.

Private Investitionen können aber auch nicht zugunsten vermehrter Infrastrukturmaßnahmen gekürzt werden, da auch für diese Maßnahmen Investitionen, wenn auch in einer anderen Struktur nötig sind (z. B. mehr Krankenhausbetten und Lehrmaterial, weniger Kühlschränke und Fernsehgeräte). Die Mittel für solche Investitionen müssen auch dann - und mangels Wettbewerbsdrucks, Marktanpassungszwangs und Rentabilitätsanforderungen sogar verstärkt - den Verbrauchern vorenthalten bleiben, wenn öffentliche statt privater Unternehmen für die Infrastruktur investieren.

### III. Demokratische Wirtschaftsordnung

Nun zur Frage der Demokratisierung. Es ist erneut darauf hinzuweisen, daß das Konzept außerwirtschaftlichen Überlegungen

entspringt, und daß es keinesfalls um irgendwelche Regeln geht, die der Sicherung einseitiger Privilegien dienen. Es geht um ein System, das die Freiheitsspielräume der verschiedenen Individuen und Gemeinschaften von Individuen fruchtbar miteinander koordiniert, so daß diese Freiheitsspielräume möglichst groß sein können, zugleich aber auch nützlich für die Mitmenschen. Es scheint, wenn wir von Demokratisierung sprechen, wäre zunächst einmal festzustellen, daß man dieses Problem nicht einfach nur im Innern bestimmter Institutionen sehen darf, also etwa innerhalb eines Hochschul-Instituts, innerhalb einer Straßenbahngesellschaft, innerhalb eines Wirtschaftsunternehmens, und dies jeweils nur für sich und in der jeweiligen inneren Struktur. Zunächst und vor allem müssen wir vielmehr den Zweck der jeweiligen Institution innerhalb der Gesamtgesellschaft ins Auge fassen, also die Art der

*Wolfgang Frickhoff, Marktwirtschaft ist mehr als Wirtschaft 305*

Beziehungen der Institution nach außen und deren demokratisch vorrangige Legitimation.

Die Spielräume an Freiheit und Verantwortung, die man durchaus inner-institutionell schaffen sollte oder auch schon bereithält, müssen jeweils an der Grenze enden, von der ab der Dienst an den Mitmenschen, also die Beziehung der jeweiligen Institution nach außen gefährdet würde. Es gilt daher, mit der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung ein Koordinationsverfahren der Freiheits- und Verantwortungsspielräume zu schaffen, das allen diesen Forderungen Rechnung trägt. Dazu Demokratie, dazu Soziale Marktwirtschaft.

Maßgeblich hierfür sind die demokratisch zustande gekommenen Maßstäbe und Anforderungen der Mitmenschen. Sie stimmen mir sicher zu, daß ein Unternehmen kein Selbstzweck ist, sondern daß der Zweck eines Unternehmens darin besteht, daß Unternehmer und Arbeitnehmer gemeinsam im Interesse der Bedürfnisbefriedigung durch Bereitstellung guter Waren und Leistungen tätig sind. Das ist der soziale Hauptzweck eines Unternehmens. Wir haben uns leider angewöhnt, gerade in der Mitbestimmungsdebatte, die soziale Stoßrichtung immer mehr im Innern zu sehen. Ich setze dem entgegen. Wirtschaftsunternehmen haben einen Dienst an den Mitmenschen über den Markt zu leisten. Ebenso wichtig wie das soziale Geschehen im Innern ist das Verhältnis der Institution Wirtschaftsunternehmen nach außen gegenüber den Mitmenschen. Zur Koordinierung dieser Außenbeziehungen dient

der Markt. Hier sollen vor allem Abnehmer, die Kunden bestimmen, diese, und nicht die Belegschaften sollen die wahren Herren der Wirtschaftsunternehmen sein.

Kapitaleigner und Manager haben in einer konsequenten Sozialen Marktwirtschaft die Funktion, und werden durch die Instrumente dieser Wirtschaftsordnung dazu gezwungen, zwischen dem Interesse der Mitmenschen, Abnehmer, Verbraucher, Kunden einerseits zu vermitteln, wie sie sich aus wirtschaftspolitischen Einwirkungen, aus technischer Entwicklung, aus der Situation auf den Einkaufsmärkten, den Finanzierungsmärkten, Absatz- usw.

306 *Gerechte Wirtschafts- und Wettbewerbsordnung*

-Märkten ergeben. Ob diese Mittlerfunktion richtig wahrgenommen wird, ob das Unternehmen dem Mitmenschen ausreichend dient, ist an der Rendite abzulesen. Die Kapitaleigner-Interessen sind ein Werkzeug für die richtige Markteinbettung des Unternehmens im Verbraucherdienst über den Markt.

Die demokratische Legitimation ist nicht aus dem Innern dieser Institution, sondern von außen zu sichern. Wenn sich z. B. die Wähler mehrheitlich für eine marktwirtschaftliche Ordnung entscheiden, und wenn die jeweiligen Regierungen daraufhin eine wenigstens zum Teil marktwirtschaftliche Politik betreiben - , wenn also auf diese Weise Demokratie zur Geltung kommt auf wirtschaftlichem Gebiet, und schließlich darüberhinaus die Konsumenten in vielfältigem Zusammenwirken durch Ausübung ihrer Kaufkraft in einer demokratischen Weise, die wir nur in der Wirtschaft haben, die wir in der Politik nie erreichen werden, ihren Willen zum Ausdruck bringen, dann wäre es ein schwerer Verstoß gegen die Demokratie, wollte man die Demokratisierung soweit treiben, daß der gesamtgesellschaftliche Auftrag von außen gefährdet wird. Dieser Auftrag von außen ist primär und demokratisch legitimiert. Der Betrieb, die Institution, die Belegschaft und die Gewerkschaften haben in dieser Sicht eine sekundäre Funktion.

Demokratisierung kann die Auflösung des Gemeinwesens bedeuten in von der Gesamtgesellschaft demokratisch unkontrollierte, nicht nach Regeln der Koordination arbeitende kleinere Einheiten mit Herabsetzung ihrer Effizienz für die Mitmenschen. Sie könnte sich richten gegen die demokratischen Entscheidungen der jeweils übergeordneten und demokratisch zuständigeren Einheiten.

Diese Grenze ist ganz deutlich zu ziehen, das schließt selbstverständlich keineswegs aus, daß zweierlei geschieht:

1. ein moderner freiheitlicher und kooperativer Führungsstil, der die Strukturen auflockert und Freiheits- und Verantwortungsspielräume auf allen Stufen des betrieblichen Geschehens schafft, Aufstiegsmöglichkeiten sichert,
2. unter dem Gesichtspunkt der Startgerechtigkeit, von dem ich eingangs sprach, eine weit bessere Chance für den Aufstieg, für die

*Wolfgang Frickhöffer, Marktwirtschaft ist mehr als Wirtschaft 307*

Besetzung der Managerpositionen aller Stufen. Für diese Besetzung sollte nur die Leistung zählen. Manager sollte der werden, der dazu am meisten befähigt ist, ganz gleich, ob er einer Unternehmerfamilie angehörte, ob er sich als Arbeitnehmer „hochgedient“ hat oder auch ob er Gewerkschaftsfunktionär war.

Es ist wenig sinnvoll, Personen in leitende Gremien von Unternehmungen nur deshalb zu bringen, weil sie speziell als Vertreter eines angeblichen Arbeitnehmerinteresses dort tätig sein sollen. Gleiches gilt, wenn Personen nur deshalb in leitende Gremien von Unternehmungen gelangen sollen, weil sie bestimmten Familien angehören. Auch hier sollte nur die Leistung für die Mitmenschen zählen. Für das Management und sonstige Führungspositionen begabte Persönlichkeiten ungehindert aus der Arbeitnehmerschaft aufsteigen zu lassen, ist völlig legitim.

Man stößt natürlich sogleich auf das Machtproblem, und es ist nicht nur verständlich, sondern sogar berechtigt, wenn jetzt entgegenwürde, daß diese Theorie sehr schön sei, aber es gäbe doch nun einmal Marktmacht, und die Unternehmen seien doch nicht immer bloße Mittler zwischen Angebot und Nachfrage auf den Märkten, sie hätten doch oft Macht über Märkte und auch über die Belegschaften. Dies ist zuzugeben, nur ist dieses Übel keinesfalls durch Mitbestimmung von innen heraus zu bekämpfen, sondern ausschließlich durch Verschärfung der Wirtschaftspolitik und größere Wachheit der öffentlichen Meinung von außen.

Hier ist nur auf das Beispiel des Bergbaus zu verweisen. Hierzu kommt, daß schließlich die Belegschaften eines Unternehmens aus ihrer Interessenlage heraus ja das allerungeeignetste Gegengewicht sind, um etwa der Machtposition des eigenen Unternehmens auf



den Märkten entgegenzutreten; denn sie sind selbst begünstigt und insoweit nicht das richtige Instrument, hier bedürfen wir anderer Einwirkungen. Wir sollten es uns nicht zu leicht machen und hier blindlings den Gewerkschaften ein Machtstreben vorwerfen - die Dinge sind weitaus komplizierter -, aber ganz von der Hand zu weisen ist dieses Problem sicherlich nicht. Nur ein Hinweis: wenn erst die Hälfte aller Aufsichtsratsmandate in allen wichtigen

308 *Gerechte Wirtschafts- und Wettbewerbsordnung*

Banken und Versicherungen direkt oder indirekt von einer einzigen Stelle her, der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, besetzt werden, dann werden wir uns nach dem heutigen Depotstimmrecht mit allen seinen nicht zu bestreitenden Mängeln zurücksehen.

#### IV. Humane Wirtschaftsordnung

Zum Schluß, meine Damen und Herren, kommt es nun darauf an. Regeln zu setzen, nicht zur Sicherung einzelner Privilegien, sondern für das Zusammenwirken, für die Koordinierung der Freiheitsspielräume, für die gegenseitige Verflechtung. Den Wettbewerb zwischen den Parteien sollte es geben, nicht um Gruppeninteressen, sondern um bessere Gesamtsysteme mit Regeln für die Wohlfahrt aller. Wir brauchen ein System, das die Impulse der einzelnen weckt. Es wurde bereits gesagt, von Natur aus sei man weder faul noch fleißig. Das ist richtig. Wieweit sich diese individuellen Eigenschaften entwickeln, hängt allerdings auch von dem System ab, in dem wir leben. Es kommt auf das System an, und ich meine, hier ist die Marktwirtschaft überlegen: denn der Sinn der Sozialen Marktwirtschaft heißt Entfesselung der Initiative zugunsten der Mitmenschen.

Wenn man sich den politischen Protest heute anschaut, so enthält es zweifellos vieles, was wir als intolerant und undemokratisch zu kritisieren haben, aber es gibt eine ganz bestimmte These, die wir ernst nehmen sollten, die These nämlich, daß es gelte, überholte Strukturen und Autoritäten immer wieder in Frage zu stellen und, falls sie unter moderner Bedingung keine nützliche Funktionen mehr erfüllen, auch zu überwinden. Eine solche These sollte uns nicht schrecken, denn genau das ist der Kern der Sozialen Marktwirtschaft. Das sollten wir vollauf bejahen. Die Marktwirtschaft bringt es zuwege, überholte Strukturen, Autoritäten zu überwinden, und zwar weit besser als andere System. Diese

vernünftige Forderung, diese demokratische, humane Forderung im Jugendprotest, kann konkret überhaupt nur durch die Soziale Marktwirtschaft erfüllt werden. Überdies, wir hatten noch nie

*Wolfgang Frickhöffer, Marktwirtschaft ist mehr als Wirtschaft 309*

soviel Wohlstand, soviel Strukturänderung, so wenig Ausbeutung, so wenig Leistungsdruck, soviel Entfaltungsmöglichkeit, soviel Aufstiegschancen wie in diesem Ordnungssystem, selbst unter der Berücksichtigung der erheblichen Mängel, gegen die wir uns gerade aufs Entschiedenste wehren. Was im Sozialismus und im Jugendprotest an humanen Zielen propagiert wird, kann konkret nur durch die marktwirtschaftliche Politik verwirklicht werden. Selbstverständlich ist ständige Anstrengung geboten, ebenso laufender Ausbau und Weiterentwicklung unserer Ordnung, Beachtung neuer Probleme und stetige Prüfung der eigenen Standpunkte.

# DIE NEUE ORDNUNG

begründet von Laurentius Siemer OP  
und Eberhard Welty OP

Nr. 3/1993      Juni      47. Jahrgang

## Zur Sinnerfüllung der Marktwirtschaft

### Editorial

*Wolfgang Ockenfels*, Politiker zwischen  
Recht und Tugendterror 162

*Horst Friedrich Wünsche*, Soziale  
Marktwirtschaft und der Rückfall des  
Neoliberalismus in den Harmonieglaben 164

*Edgar Nawroth*, Zur Sinnerfüllung der  
Marktwirtschaft 170

*Helmut W. Jenkis*, Der protestantische  
Einfluß auf den deutschen Wiederaufbau 178

*Bodo B. Gemper*, Religion und  
Wirtschaftssystem. Anmerkungen zur  
„Siegerland-Mentalität“ 193

### Bericht und Gespräch

*Maurice Allais*, Freihandel – Wirklichkeiten  
und Mythologien 200

*Margit Eckholt*, Lateinamerika und katholi-  
sche Soziallehre 207

*Joachim Sand*, Christentum und europäische  
Identität 215

*Hermann Boverter*, Bildung in der  
Informationsgesellschaft. Der Journalist als  
„Diener des Augenblicks“ 219

**Besprechungen** 228

Herausgeber:  
Institut für  
Gesellschaftswissenschaften  
Walberberg e.V.

Verlag:  
IFG Verlagsgesellschaft mbH

Redaktion:  
*Wolfgang Ockenfels* OP  
(verantwortlich)  
*Arthur F. Utz* OP  
*Heinrich Basilius Streithofen* OP  
*Bernd Kettern*

Redaktionsbeirat:  
*Edgar Nawroth* OP  
*Herbert B. Schmidt*  
*Günter Triesch*

Druck:  
Franz Schmitt - 5200 Siegburg

Die Neue Ordnung erscheint alle  
2 Monate  
Bezug direkt vom Verlag  
oder durch alle Buchhandlungen  
Jahresabonnement 49,- DM  
Einzelheft 10,- DM  
zzgl. Versandkosten

ISSN 09 32 - 76 65

Bankverbindungen:  
Deutsche Bank Bonn  
Konto-Nr. 0311 753  
(BLZ 380 700 59)  
Postgiroamt Köln  
Konto-Nr. 108 71 - 509  
(ELZ 370 100 50)

Anschrift von  
Redaktion und Verlag:  
Simrockstr. 19  
5300 Bonn 1  
Telefon Redaktion: 02 28/22 23 23  
Telefon Verlag: 02 28/21 68 52  
Telefax: 02 28/22 02 44

Gültige Anzeigenpreisliste  
Nr. 2 vom 1. 3. 1986

Unverlangt eingesandte  
Manuskripte und Bücher  
werden nicht zurückgesandt,  
Verlag und Redaktion übernehmen  
keine Haftung.

Namentlich gezeichnete Artikel  
geben nicht unbedingt  
die Meinung der Redaktion wieder.

Nachdruck oder  
photomechanische Vervielfältigung  
nur mit besonderer  
Genehmigung des Verlages.

161

Horst Friedrich Wünsche

## Soziale Marktwirtschaft und der Rückfall des Neoliberalismus in den Harmonieglauben

Mit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert sind auch in Deutschland neue gesellschaftliche Strukturen und neue soziale Fragen entstanden. Die gesellschaftlichen Veränderungen wurden durch eine liberale Wirtschaftspolitik gefördert. Dabei wurden die sozialen Fragen bis zur Verelendung breiter Bevölkerungsschichten verschärft. Die Bismarcksche Sozialpolitik konnte das entstandene soziale Elend lindern, aber sie behandelte es nicht ursachenadäquat. Erst im Rahmen der Sozialen Marktwirtschaft wurden in Westdeutschland nach 1948 Möglichkeiten erprobt, die soziale Frage der Industriegesellschaft systematisch zu lösen. Die dabei in Ansätzen gelungene Synthese von Wirtschafts- und Sozialpolitik wurde jedoch nicht als wesentlicher sozialpolitischer Fortschritt erkannt. Die Sozialpolitik blieb den alten Denk- und Verhaltensmustern verhaftet. Und die Wirtschaftspolitik schwankt seit dem Rücktritt von Ludwig Erhard aus der politischen Verantwortung wieder zwischen Wirtschaftsfreiheit und Staatsintervention.

Die ordnungspolitische Lösung der sozialen Frage durch die Soziale Marktwirtschaft ist auch in den Sozialwissenschaften bis heute unbeachtet geblieben. Die Bedeutung der Sozialen Marktwirtschaft als eine effiziente Wirtschafts- und eine der Industriegesellschaft angemessene Sozialordnung wurde nicht erkannt - mit einer Ausnahme: Egon Edgar Nawroth, dem dieser Beitrag gewidmet ist, hat sich ausgiebig mit der Sozialen Marktwirtschaft befaßt und aus seinen Einsichten heraus den sozialblinden Liberalismus schon kritisiert, als dessen Schwachsichtigkeit noch kaum zu bemerken war.

### 1. Wissenschaftliche Erforschung der Nachkriegssituation

Die Väter der Sozialen Marktwirtschaft sahen sich bei Ende des Zweiten Weltkriegs vor einer großen Aufgabe: Sie wollten eine neue Ordnung errichten, aber sie wußten, daß dies nicht durch Neukonstruktion von gesellschaftlichen Grundlagen, sondern nur dann möglich wird, wenn es gelingt, gewachsene geistige und moralische Kräfte zu aktivieren und zu revitalisieren. Sie gründeten ihre politischen Absichten deshalb auf exakte Diagnosen ihrer Zeit.

Das zu betonen ist wichtig, denn heute meint man weithin, der Ursprung der Sozialen Marktwirtschaft liege „im unerschütterlichen Vertrauen in die Kräfte des Marktes“,

164

also in wirtschaftsliberalen Überzeugungen, die sich zu einem Dogma verfestigt haben. Diese Ansicht ist so oberflächlich und einseitig, daß man sie guten Gewissens falsch nennen kann. Die Motive zum Aufbau der Sozialen Marktwirtschaft liegen

nicht in Individualismus, Liberalismus, Materialismus, die gemeinhin mit Marktwirtschaft verbunden werden, sondern in ernst genommener gesellschaftspolitischer Verantwortung:

Alfred Müllerr-Armack widmete sein Forscherinteresse den Gestaltungskräften in Gesellschaften oder - wie er sagte - der Untersuchung kultursoziologischer Phänomene. Schon in seinem ersten, 1932 veröffentlichten Buch „Entwicklungsgesetze des Kapitalismus“ beschäftigt er sich mit den Grundlagen der Wirtschaftsdynamik in ökonomischer, geschichtstheoretischer und soziologischer Sicht. Er beschreibt das moderne Wirtschaften als Stileinheit, die „vom religiösen Dogma bis zur Form der Technik“ reicht. Diesem Buch ließ Müller-Armack viele andere Studien zum gleichen Themenbereich folgen, eine davon, 1949 erstmals veröffentlicht, trägt ausdrücklich den Titel „Diagnose unserer Gegenwart“.

Weithin bekannt ist „Die Gesellschaftskrisis der Gegenwart“ von Wilhelm Röpke - 1942 erschienen. Röpke sucht nach den Phänomenen, die für moderne Gesellschaften typisch sind, und beschreibt vor allem die Auflösung der Gesellschaft in „lauter freischwebende Individuen, deren Zusammenhalt mehr und mehr ein bloß mechanisch-anonymer, auf Markt, Konkurrenz, Arbeitsteilung, Technik und Gesetz beruhender ist“. Seine zwei Jahre später veröffentlichte „Civitas humana“ vertieft - wie der Autor sagt - die Analyse der „inneren Verfassung der Gesellschaft in ihrem heutigen Zustande“.

Zu den weniger bekannten Schriften dieser Art gehört die 1943 fertiggestellte Geheimstudie von Ludwig Erhard „Kriegsfinanzierung und Schuldenkonsolidierung“. Gleich im ersten Absatz dieser Denkschrift sagt Erhard, daß es beim Aufbau einer Friedenswirtschaft, mit dem er sich befassen wolle, nicht bloß um Ökonomisch-Technisches gehe. Die Zwecksetzung seiner Arbeit, „Möglichkeiten des Um- und Aufbaues der deutschen Wirtschaft aufzuzeigen“, erfordere eine Betrachtung „der komplexen Natur aller gesellschaftswirtschaftlichen Phänomene“. Schon dieser Ausdruck zeigt die Blickrichtung des Verfassers.

Erwähnenswert ist auch Otto Veits subtile Prüfung der Grundlagen des Individualismus, die er 1947 unter dem Titel „Die Flucht vor der Freiheit. Versuch zur geschichtsphilosophischen Erhellung der Kulturkrise“ veröffentlicht hat.

In die Reihe dieser gesellschaftstheoretischen Studien gehört schließlich auch Alexander Rüstows „Ortsbestimmung der Gegenwart“. Den ersten Band dieses dreibändigen Werkes hat Rüstow zwar erst 1950, den letzten erst 1957 veröffentlicht. Das Werk ist jedoch Ergebnis langjähriger Forschungsarbeit, und Rüstow hat mit seinen Überlegungen schon aus seinem Exil in der Türkei heraus Einfluß auf das ordnungspolitische Denken in Deutschland ausgeübt, bevor er sich in den fünfziger Jahren als Vorsitzender der „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“ explizit für die Soziale Marktwirtschaft engagierte.

## 2. Politik zum Aufbau einer zeitgemäßen Sozialordnung

Aus kultursoziologischen Untersuchungen, wie sie die Väter der Sozialen Marktwirtschaft anstellten, lassen sich die längerfristigen und nachhaltigen Wandlungen der Gesellschaft leicht erkennen und von kurzfristigen und nur temporären Zyklen abgrenzen. Die zentrale Erkenntnis für die Wiederaufbauzeit war, daß sich die gesellschaftlichen Verhältnisse in den Industriestaaten schon vor einem Jahrhundert grundlegend verändert haben.

Mit dem Entstehen moderner Gesellschaften sind die Subsistenzwirtschaften von Agrargesellschaften endgültig verschwunden. Mit der Industrialisierung wurden aber auch die einseitigen existentiellen Abhängigkeiten, die sich in Feudalgesellschaften herausgebildet hatten, in wechselseitige Abhängigkeiten aller einzelnen verwandelt: In Industriegesellschaften können Menschen weder autark leben, noch kann ihre Existenz aus angesammeltem Vermögen gesichert werden - weder aus eigenem noch aus dem Vermögen Dritter. Die Existenzgrundlagen dieser Gesellschaften sind die laufende Produktion, das daraus fließende Einkommen und die Bereitschaft zu Arbeitsteilung, das heißt zu Kooperation.

In feudalen Gesellschaften, in denen die Existenz vieler einzelner, bzw. die soziale Lage von Gruppen oder Ständen vor allem durch Umverteilung der Vermögen gesichert werden mußte, war es nötig, dem produktiven Teil der Bevölkerung die Quellen des Reichtums zu sichern und die Reichen zu veranlassen, durch Mildtätigkeit und Fürsorge allen anderen ein auskömmliches Leben zu gewährleisten. Merkantilistische Politik und eine solidaristische Sozialethik waren in diesen Gesellschaften unverzichtbar.

In modernen Gesellschaften muß demgegenüber dafür gesorgt werden, daß möglichst alle Bürgern bereit sind, sich für anonyme Dritte anzustrengen und für Fremde Leistungen zu erbringen. Da sich in arbeitsteiligen Systemen erst später, nämlich am Absatzmarkt zeigt, ob sich diese Anstrengungen lohnen, ist neben Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft auch Risikobereitschaft erforderlich: Die einzelnen Wirtschaftssubjekte müssen ihre Leistungen nicht nur im Hinblick auf eine Ungewisse Marktnachfrage erbringen, sondern darüber hinaus auch noch die in Anspruch genommenen Drittleistungen vorfinanzieren.

Wird nun versucht, die sozialen Fragen der modernen Industriegesellschaft mit den früher angemessenen Methoden der Umverteilung zu lösen, ergeben sich zwangsläufig Schwierigkeiten. Die Zuteilung von Subsistenzmitteln in der modernen Wirtschaft kann nur über die Umverteilung von Einkommen geschehen. Durch diese Umverteilung wird jedoch die Leistungs- und Risikobereitschaft der einzelnen in doppelter Weise beeinträchtigt: Wo Leistungserträge abgeführt werden müssen, schwinden Leistungswille und Leistungsvermögen. Wo ohne Leistungen etwas gewonnen werden kann, mindert sich die Leistungsmotivation. Hinzu kommt, daß sich einmal begonnene Umverteilungsprozesse laufend beschleunigen. Jede Umverteilung - jede vom Staat gewährte Sozialleistung und jede Subvention - stellt einen Präzedenzfall

dar, der viele ähnliche Ansprüche unabweisbar macht und weitergehende Forderungen begründet. Mit wachsendem Umverteilungsfonds werden Leistungsfreude, Risikobereitschaft und Leistungsvermögen - und damit die Marktwirtschaft - zunehmend geschwächt.

Das Festhalten an den Prinzipien der überkommenen Sozialpolitik widerspricht also den Erfordernissen in modernen Gesellschaften und bewirkt, daß sich Tendenzen und Verhaltensweisen durchsetzen, die in Marktgesellschaften zerstörerisch wirken. Die Sozialordnung in modernen Gesellschaften muß deshalb auf anderen Prinzipien errichtet werden. Besonders wichtig ist dabei, jeden in die Marktwirtschaft zu integrieren und damit die Notwendigkeit sozialer Unterstützungsmaßnahmen zu minimieren. Jeder muß die Chance erhalten, sein Einkommen selbständig zu erzielen, und jedem muß es möglich sein, autonom zu bestimmen, wieviel, wo und wozu er etwas erwerben möchte. Voraussetzung dafür sind Vollbeschäftigung, eine stetige Wirtschaftsentwicklung und Geldwertstabilität.

Die Sozialordnung, die die Väter der Sozialen Marktwirtschaft anstrebten, soll die auf Umverteilung beruhenden sozialpolitischen Maßnahmen in möglichst weiten Bereichen durch Wirtschaftspolitik ersetzen. Das bedeutet keine Einschränkung von Sozialleistungen. Es geht lediglich um einen grundlegenden Umbau des Sozialsystems, um eine zeitgemäße Art der sozialen Sicherung. Natürlich lassen sich nicht alle sozialen Fragen durch wirtschaftspolitische Maßnahmen lösen. Unterstützungen aus dem Steueraufkommen, also Umverteilungen, werden stets nötig sein. In diesen Fällen kommt es jedoch darauf an, allen Betroffenen - Empfängern und Gebern - klar zu machen, daß es hierbei nicht um zwangsweise Umverteilungen durch den Staat geht, sondern um Leistungen, die zu gewähren Bürgerpflicht ist, weil sie nur wirklich Hilfsbedürftigen zukommen. Dabei wird zugleich klar, daß Soziale Marktwirtschaft weder Sozialethik noch menschliche Hilfsbereitschaft ersetzen kann noch soll.

### 3. Blickpunkte der Ordoliberalen

Die gesellschaftspolitischen Erkenntnisse der Väter der Sozialen Marktwirtschaft schwinden aus dem Blickfeld, sobald man sich der Behauptung anschließt, Walter Eucken und Franz Böhm, die Begründer der Freiburger Schule der Nationalökonomie, hätten den Weg zur Sozialen Marktwirtschaft gewiesen. Eucken und Böhm sind von anderen Überlegungen ausgegangen. Das Interesse der Ordoliberalen galt vor allem der Beschreibung der Sachgesetzlichkeit von Wettbewerbsordnungen. Soziologische und kulturgeschichtliche Gesichtspunkte blieben dabei außer Betracht. Natürlich enthalten auch die Schriften von Eucken und Böhm - wie auch die Beiträge von anderen Ordoliberalen (etwa von Leonhard Miksch) - gesellschaftspolitisch relevante Einsichten, aber diese verdichten sich nicht zu einem sozialpolitischen Programm, sondern zeigen allenfalls eine bemerkenswerte Problemerkennung und ein Spektrum unterschiedlicher sozialpolitischer Lösungsvorschläge:

denen Wissenschaftler bewußt der Wirtschaftstheorie zugewandt und wurde zu einem Ökonomen im strengsten Sinne. Er hat die sozialpolitischen Folgerungen, die sich aus seiner Betrachtungsweise heraus ergeben, zwar klar erkannt und vor allem in einem Artikel über „Die soziale Frage“ 1948 dargelegt, daß „die alten sozialen Ideen anachronistisch“ geworden seien. Auch das von Eucken mitverfaßte Gutachten, das die Arbeitsgemeinschaft Erwin von Beckerath am 24./25. September 1943 erstellt hat, fordert eine grundsätzliche Neuorientierung der Sozialpolitik. Insgesamt bleiben Euckens Aussagen aber abstrakt. Er beschränkt sich ausdrücklich darauf, „die Aufgabe zu bezeichnen; zu sagen, worin die soziale Frage besteht und worin sie nicht besteht“.

Böhm entdeckte als Jurist die Bedeutung der Wirtschaftsordnung und widmete seine Habilitationsschrift 1933 der Aufgabe, „das Lehrgebäude der klassischen Wirtschaftsphilosophie aus der Sprache der Nationalökonomie in die Sprache der Rechtswissenschaft zu übersetzen“, wobei es ihm vor allem um die Sicherung von Wettbewerb ging. Auch er äußert sich zu sozialpolitischen Fragen, allerdings plädiert er dabei - im Gegensatz zu Eucken - für die traditionelle Lösung. So schreibt er beispielsweise in seinem weithin bekannten Artikel „Marktwirtschaft von links und von rechts“, daß die Marktwirtschaft geradezu davon lebe, daß sie durch einen nicht marktwirtschaftlichen Einkommensbereich „ergänzt“ wird. Böhm beläßt es bei der Feststellung, daß diese „Ergänzung“ Probleme aufwerfe, denn sie gefährde und bedrohe die Marktwirtschaft.

#### 4. Sozialblinder Wirtschaftsliberalismus als ungewolltes Ergebnis

Somit sind drei Sachverhalte zu vermerken:

- Mit Blick auf die soziale Frage ist es offensichtlich wichtig, zwischen den Ordoliberalen (Eucken, Böhm) und den Vertretern der Sozialen Marktwirtschaft (Erhard Müller-Armack, Röpke, Rüstow, Veit) zu unterscheiden.

- Den Vertretern der Sozialen Marktwirtschaft ging es vor allem um die Errichtung einer Sozialordnung, die mit den gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Zeit in Einklang stand. Die Ordoliberalen haben zwar gespürt, daß in der Industriegesellschaft eine neuartige Lösung der sozialen Frage überfällig ist, aber sie haben hierfür kein klares Konzept entwickelt.

- Die Ordoliberalen haben sich auf Fragen der reinen Ökonomie, insbesondere auf die Untersuchung idealtypischer marktwirtschaftlicher Mechanismen spezialisiert. Ihre Erkenntnisse sind um das Modell der vollständigen Konkurrenz zentriert. Die Vertreter der Sozialen Marktwirtschaft haben ihre wirtschafts- und sozialpolitischen Überzeugungen demgegenüber primär auf der Analyse der gesellschaftlichen Situation aufgebaut. Ludwig Erhard, Alfred Müller-Armack, Wilhelm Röpke, Alexander Rüstow und Otto Veit waren keine Nachfolger von John Prince-Smith, sondern in er-



Mannheim, Edgar Salin. Arnold Gehlen und Helmuth Plessner.

Mit diesen Feststellungen rückt nun auch die wissenschaftliche Leistung von Egon Edgar Nawroth in neues Licht. Nawroth hat in seinem Werk „Die Wirtschafts- und Gesellschaftsphilosophie des Neoliberalismus“ gezeigt, daß der Neoliberalismus in der Gefahr steht, zur bloßen Revitalisierung des alten Liberalismus zu verkommen. Leider hat Nawroth in seiner Untersuchung wenig differenziert. Die Vertreter der Sozialen Marktwirtschaft, die sich von Nawroth angegriffen fühlten, wiesen seine Urteile scharf zurück. Das war verständlich und richtig. Die Gefahren, von denen Nawroth sprach, gingen von einem anderen Zweig des liberalen Denkens aus. Vom „Versagen des Wirtschaftsliberalismus“ - eines Liberalismus, dem die Marktwirtschaft als Ideologie gilt - hatten schon die Väter der Sozialen Marktwirtschaft selbst gesprochen. Inzwischen hat sich gezeigt, wie zutreffend Nawroth die Gefahr eingeschätzt hat. Das heute in Wissenschaft und Politik herrschende „neoliberale“ Denken hat die paläoliberalen Vorstellungen übernommen und die Soziale Marktwirtschaft als problematischen politischen Pragmatismus aus seinem Erkenntnisbereich ausgeblendet.

Der Neoliberalismus unserer Tage ist genau so sozial erblindet, wie es dem klassischen Liberalismus im Übergang von Adam Smith zu John Prince-Smith geschehen ist. Seine Unfähigkeit, soziale Fragen zu lösen, zeigt sich jetzt besonders deutlich bei den Ratschlägen, die Ökonomen den Politikern in Reformländern erteilen. Sie schenken den dort herrschenden gesellschaftlichen Bedingungen in der Regel keinerlei Beachtung. Sie fragen nicht, wie die jeweils herrschende Lage durch Ordnungspolitik verbessert werden kann, sondern nennen die Situation umfassend schlecht und verlangen pauschal die schnelle, entschlossene und vollständige Einführung von Marktwirtschaft - den Sprung in das kalte Wasser der Marktwirtschaft, bzw. den Sprung von der Zentralplan- zur Marktwirtschaft, einen Sprung, der nicht durch mehrere Schritte gelingen könne. Sie setzen damit ein Ziel, das auch in Ländern mit langer marktwirtschaftlicher Tradition noch nicht erreicht ist, und sie übersehen allzu oft auch, daß es schon logisch unmöglich ist, auf Marktkräfte zu vertrauen, wo Marktkräfte nicht vorhanden sind, sondern erst entwickelt werden müssen.

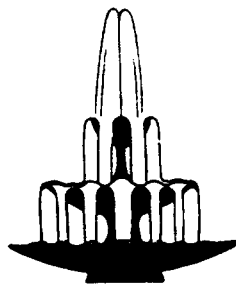
Dr. Horst Friedrich Wünsche ist Geschäftsführer der Ludwig-Erhard-Stiftung in Bonn.

# FRAGEN DER FREIHEIT

– Beiträge zur freiheitlichen Ordnung von Kultur, Staat und Wirtschaft –

Folge 256

Oktober–Dezember 2000

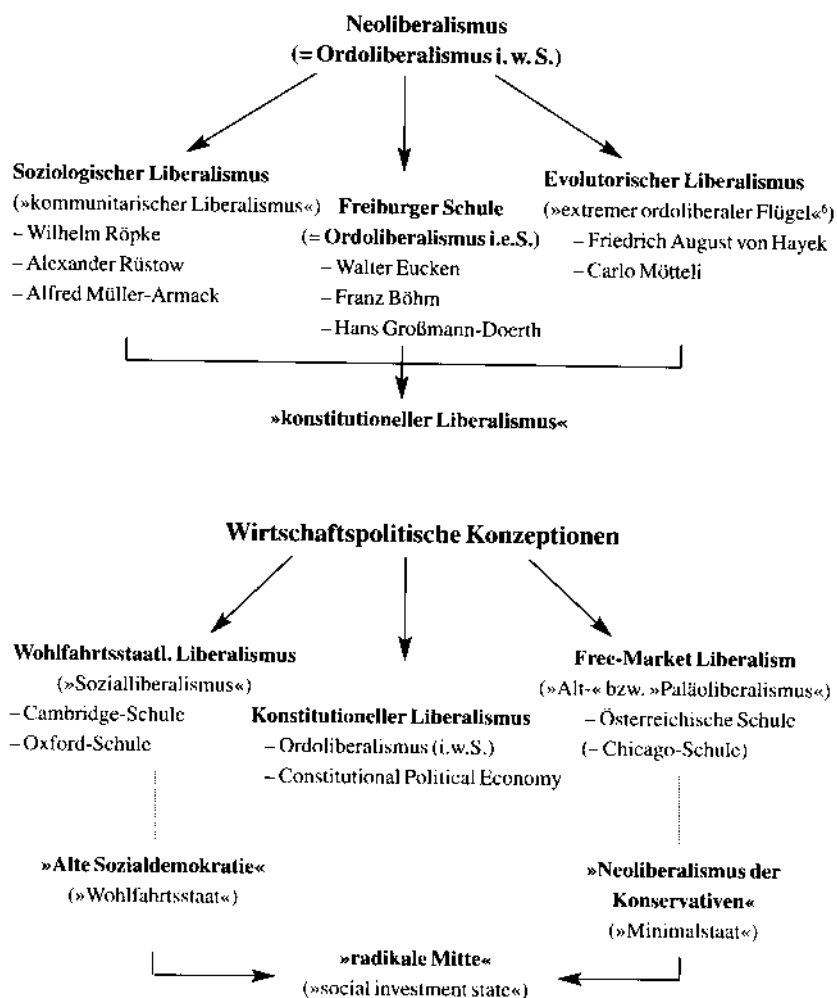


seit 1957

Herausgegeben vom Seminar für freiheitliche Ordnung e.V.  
Badstraße 35, D-73087 Bad Boll, Telefon (07164) 35 73  
Internet: [www.sffo.de](http://www.sffo.de)

# Inhaltsverzeichnis

|   | Seite |
|---|-------|
| <i>Benediktus Hardorp</i>                           |       |
| Steuerrecht und Gesellschaftsordnung . . . . .      | 3–15  |
| <i>Werner Böhm</i>                                  |       |
| Eigentum als Verfassungsproblem . . . . .           | 16–33 |
| <i>Bernd Kleinhaus</i>                              |       |
| Auf der Suche nach einer neuen Gemeinschaftskultur  |       |
| – Der Wertezwergfall in der Gegenwart aus der Sicht |       |
| der Kommunitarier . . . . .                         | 34–47 |
| <i>Andreas Renner</i>                               |       |
| Die zwei »Neoliberalismen« . . . . .                | 48–64 |
| Die Autoren dieses Heftes . . . . .                 | 64    |



Eigene Darstellung<sup>30)</sup>

Schematische Darstellungen aus: „Zwei 'Neoliberalismen'“ von A.R.